MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 09/0504
62 - Amt für Ordnung und Bauaufsicht			Datum: 09.10.2009
Bearb.:	Frau Daniela Tanger	Tel.: 111	öffentlich
Az.:	62.50-061/Frau Tanger - sz		

Beratungsfolge

Sitzungstermin

Umweltausschuss

28.10.2009

Anfrage von Herrn Steffen (CDU) im Umweltausschuss am 16.09.2009, TOP 16.11 zum Fütterungsverbot von Tauben

Herr Steffen hat im o. a. Umweltausschuss folgende Anfrage gestellt:

Immer wieder kommt es – insbesondere im Bereich des Herold-Centers – zu Beschwerden über Belästigung durch Taubenkot durch das Füttern von Wildtauben und verwilderten Haustauben. Die Stadt hat vor vielen Jahren über ein Fütterungsverbot der Tauben nachgedacht, schließlich aber aus rechtlichen Gründen davon Abstand genommen. Inzwischen gibt es – auch in Schleswig-Holstein – eine Reihe von Kommunen, die ein entsprechendes Verbot erlassen haben. Wie beurteilt die Verwaltung vor diesem Hintergrund heute die Notwendigkeit und die rechtlichen Möglichkeiten eines derartigen Verbots? Ich bitte um Beantwortung dieser Frage in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses, um ggf. zeitnah notwendige Schritte einleiten zu können.

Dazu nimmt der Fachbereich Allgemeine Ordnungsaufgaben wie folgt Stellung:

Es ist in diversen Abhandlungen über Stadtauben dargelegt, dass die Wohlstandsgesellschaft, die im Überfluss lebt, durch weggeworfene Nahrungsmittel und übertriebene Fütterung der Tauben die Hauptnahrungsgrundlage für die Stadtauben bildet. Auch die zunehmend milden Winter fördern die Taubenpopulation. Wenn Tauben konzentriert in Stadtzentren fressen, nisten und ruhen, kann es u. a. zu einer Verschmutzung und Beschädigung von Gebäuden, Gehsteigen und Hausfassaden durch Taubenkot und Federn kommen. Auch die verursachten Geräusche, wie lautes Gurren und Flügelklatschen werden von empfindlichen Menschen als störend empfunden.

Es gibt verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung der Stadtaubenbestände. Aus psychologischen Gründen lässt sich ein Fütterungsverbot ohne begleitende aufklärende Maßnahmen nicht durchsetzen. Erzwungene Fütterungsverbote scheitern meist wegen der Problemverlagerung in nahe liegende Straßen und Stadtteile. Es gibt verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung der Stadtaubenbestände. Ein absolutes Fütterungsverbot wird von der Mehrheit der Bevölkerung aus Tierschutzgründen abgelehnt, weil die Stadtauben in ihrer Nahrungsaufnahme fast völlig vom Menschen abhängig geworden sind. Erhalten sie im Winter kein Futter, so wird vermutet, dass viele Tauben einen qualvollen Hungertod erleiden müssen. Viele Menschen können diese Maßnahme dann nicht verstehen und halten sie mit modernem Tierschutz unvereinbar.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichs-leiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 20)	Stadtrat	Oberbürgermeister
-------------------	------------------------	---------------	--	----------	-------------------

Die Entscheidungsfindung, welche Maßnahme (z. B. Fütterungsverbote, Einsammeln von Taubeneiern, Ovulationshemmer, öffentliche Taubenschläge, kontrollierte Fütterung in Fütterungszonen) zur Bekämpfung der Stadtauben im Einzelfall verwendet wird, muss in jedem Fall, unter Berücksichtigung anderer Rechtsgüter, auf der ethischen Grundlage des Tierschutzgesetzes erfolgen, das im ersten Abschnitt, Grundsatz, § 1 folgendes festschreibt:

“Zweck dieses Gesetzes ist es, aus der Verantwortung des Menschen für das Tier als Mitgeschöpf dessen Leben und Wohlbefinden zu schützen. Niemand darf einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen.“

(aus: „Mit Stadtauben leben“ Landesanstalt für Umweltschutz, Baden-Württemberg, Karlsruhe 1995, s. a. Tauben in unseren Städten, Menschen für Tierrechte, Bundesverband der Tierversuchgegner e. V., Aachen 2002).

Es gibt Urteile, die angeordnete Taubenfütterungsverbote / Verordnungen befürworten und den Erlass als im Einklang mit dem Verfassungsrecht erklären (u. a. OLG Hamm, Az: 2 Ss OWi 836/06, Bayerischer VGH, Az.: Vf. 16-VI-05, Hessischer Verwaltungsgerichtshof 8 ZU 3006/06).

Eine Verordnung, die das Füttern von Tauben im Stadtgebiet verbietet, gewährleistet nicht grundsätzlich, dass sich die Verantwortlichen auch daran halten. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen in anderen Rechtsgebieten, in denen es trotz Verboten und Sanktionen zu wiederholten Verstößen Einzelner kommt. Es ist zu erkennen, dass durch Ge- und Verbote kein umfassender Schutz erreicht bzw. ein vollständiges Unterlassen bewirkt wird.

Der Erlass einer Verordnung gebietet, dass die geforderten Ge- und Verbote auch auf deren Einhaltung überwacht werden. Es gibt bereits in anderen Gebieten wegen fehlender geschulter Personalressourcen Überwachungsdefizite, die dem Bürger nur schwer zu vermitteln sind. Der Innendienst oder die Polizei können diese Aufgabe nur vereinzelt mit übernehmen, wenn konkrete Gefahrensituationen genaue Zeiten für die Überwachung erkennen lassen.